

**Rat für sorbische (wendische) Angelegenheiten**

**Krajny sejm Bramborska**  
**Rada za serbske nastupnosći**

## **Protokoll - Teil 1**

17. Sitzung (öffentlich)

5. Juni 2012

Potsdam - Haus des Landtages

13.00 Uhr bis 14.15 Uhr

**Vorsitz:** Torsten Mak

**Protokoll:** Birgit Ginkel

**Anwesende Ratsmitglieder:** Torsten Mak  
Helmut Matik  
Měto Nowak  
Angela Šurmanowa

**Datum der Ausgabe:** 10.10.2012

**Tagesordnung:****öffentlicher Teil:**

- 1. Stand der Novellierungsvorhaben des Sorben(Wenden)-Gesetzes**
- 2. Erörterung verschiedener bildungspolitischer Themen**
  - u. a. Verständigung zu Aspekten der geplanten Schulgesetzänderung des Landes Brandenburg
  - Auswertung des Treffens der AG "Sorbische/Wendische Bildungsthemen"
  - aktuelle Fragen zur Vorbereitung des Schuljahres 2012/13
- 3. Vorstellung Plattform Kulturelle Bildung Brandenburg - Möglichkeiten der Zusammenarbeit**
- 4. Verschiedenes**

**nicht öffentlicher Teil:**

5. - Stellungnahme des Rates zur Petition Nr. 2120/5

**Festlegung:**

Der Rat für sorbische/wendische Angelegenheiten hat als Termin für die gemeinsame Sitzung mit dem Sorbenrat des Sächsischen Landtages Montag, den 12.11.2012 gewählt.

**Aus der Beratung:**

Der **Vorsitzende Mak** begrüßt die Abgeordneten, die Gäste und Vertreter aus den Ministerien zu der heutigen Sitzung.

Die Anregung von Frau **Šurmanowa** (Ratsmitglied) die Tagesordnungspunkte 2 und 3 zu tauschen, greift der **Vorsitzende** auf und stellt die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung. Einstimmig mit 4 : 0 : 0 wird diese angenommen.

Gleichzeitig betont er, dass der Rat für sorbische/wendische Angelegenheiten erstmalig den letzten Tagesordnungspunkt nicht öffentlich beraten werde.

**Zu TOP 1:       Stand der Novellierungsvorhaben des Sorben (Wenden)-Gesetzes**

Der **Vorsitzende** übergibt die Leitung dieses Tagesordnungspunktes an Herrn Nowak (Ratsmitglied).

Herr **Nowak** (Ratsmitglied) hebt hervor, dass der Sorben(Wenden)-Gesetzesentwurf jetzt eine Drucksachen-Nummer habe und somit in den Ministerien beraten werden könne. In diesem Zusammenhang seien sie besonders auf die parlamentarische Diskussion gespannt. Gleichwohl sei die Streichung des Landesbeauftragten aus der Entwurfsfassung für sie sehr überraschend gewesen und nicht akzeptabel. Dieses Thema hätten sie gerne mit den Abgeordneten kommuniziert.

Seitens des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur kündigt Herr **Neumann** (MWFK) an, dass Anfang August eine offizielle Stellungnahme der Landesregierung zu dem Gesetzesentwurf vorliegen werde. Bei einigen Punkten werde es Fragen/Nachfragen geben. Besonders der Punkt der Kostenneutralität sei von Bedeutung. Es sollte nicht kostenneutral sein. Die Finanzierbarkeit müsse geklärt werden. Hinzu käme die Frage des Verbandsklagerechts, welches nicht nur bezüglich dessen Praktikabilität, sondern mit Blick auf weitere Auswirkungen dieser Entscheidung genau betrachtet werden müsse. Andere Gruppen könnten ähnliche Wünsche äußern. Er weist darauf hin, dass sich die Abgeordneten der Reichweite einer solchen Entscheidung bewusst sein müssten. Die Landesregierung werde dazu auch Stellung beziehen. Gleichwohl werde sie es akzeptieren, wenn es der politische Wille sei, dies einzuführen. Allerdings müsse hierüber diskutiert werden.

Einen Bericht in jeder Legislatur zu erstellen, würde aus seiner Sicht einen erheblichen Mehraufwand bereiten. Inwieweit dieser in einem guten Verhältnis zum Nutzen stehe, könne er bis jetzt noch nicht einschätzen. Er bemerkt, dass das Land Brandenburg alle drei Jahre zur Sprachencharta und alle fünf Jahre zum Rahmenabkommen zum Schutz nationaler Minderheiten ausführlich zu berichten habe. Hier stelle sich die Frage, ob ein weiterer Bericht Nutzen bringe. Gewisse formale Punkte

zur Stellung einzelner Normvorschläge müssten im Einzelnen beraten werden. Er bittet bis Anfang August auf den ausführlichen Bericht zu warten.

Abgeordneter **Schippel** (SPD) spricht den entfallenden Punkt des Landesbeauftragten an.

Entsprechend den Absprachen wollten sie den Entwurf gemeinsam als einzelne Abgeordnete einbringen. Nicht nur in seiner eigenen Fraktion, sondern auch mit anderen Abgeordneten habe er viele Gespräche geführt. Von vornherein hätten sie große Probleme bei der Durchsetzungsfähigkeit des Landesbeauftragten gesehen. Deshalb habe er einen geänderten Gesetzentwurf erstellt und zur Unterzeichnung versandt. Ihm sei die Dynamisierung der Mittel für die Stiftung für das sorbische Volk wesentlich wichtiger und realistischer als ein Landesbeauftragter. In Bezug auf das Verbandsklagerecht weist Herr Schippel (SPD) darauf hin, dass selbst der NABU und andere Verbände dieses Recht hätten und wegen jeder Kleinigkeit klagen könnten. Deshalb sei für ihn die Haltung der Landesregierung in dieser Frage nicht nachvollziehbar. Hier gehe es um eine nationale Minderheit. Außerdem entscheide immer noch der Landtag darüber, wem er dieses Recht einräume. In Bezug auf mögliche Auswirkungen beim Braunkohleabbau betont er, dass das Bundesbergrecht über dem Landesrecht stehe. Damit seien die Bedenken des Ministeriums aus seiner Sicht ausgeräumt.

Abgeordneter **Maresch** (DIE LINKE) schließt sich den Ausführungen des Abgeordneten Schippel (SPD) an. Die Ängste und Bedenken des Ministeriums bezüglich des Verbandsklagerechtes teile seine Fraktion überhaupt nicht. Genau so müsse das Ministerium in der Lage sein, einen Bericht in jeder Legislatur zu erstellen.

Außerdem habe sich in den letzten Wochen gezeigt, dass es sehr wichtig für die Sorben/Wenden sei, einen direkten Ansprechpartner für die sorbischen/wendischen Belange in der Landesregierung zu haben. Diesen einen werde es geben und an diesen könnten sie sich dann immer wenden. Der werde zwar nicht Landesbeauftragter heißen, aber diesen Aufgabenbereich abdecken.

Abgeordnete Frau **Schier** (CDU) weist darauf hin, dass die Kollegen in den Fraktionen auf ihre Erklärungen angewiesen wären. Es werde sicherlich eine Anhörung geben, zu der neben dem Rat für sorbische/wendische Angelegenheiten auch andere wie eine Kindergärtnerin oder Menschen von Vor Ort eingeladen werden sollten.

Herr **Nowak** (Ratsmitglied) wiederholt das bestehende Angebot, dass sie für Rückfragen und Erklärungen gerne direkt in die Fraktionen kämen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt gibt, leitet der **Vorsitzende** zum nächsten Tagesordnungspunkt über.